

DEUTSCHE BAUZEITUNG

Redaktion u. Expedition:
Berlin, Oranienstrasse 101.

Bestellungen
übernehmen alle Postanstalten
und Buchhandlungen,
für Berlin die Expedition.

Organ des Verbandes

deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Redakteure K. E. O. Fritsch und F. W. Büsing.

Jeden Sonnabend wird ein
Hauptblatt mit einer Inse-
raten-Beilage, jeden Mittwoch
ein Inseratenblatt
ausgegeben.

Insertionspreis:
3½ Sgr. pro Zeile.

Abonnementspreis 1 Thaler pro Quartal.

Berlin, den 24. Oktober 1874.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend.

Inhalt: Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Die Berliner Bau-Ansstellung 1874. — Mittheilungen aus Vereinen: Der Sächsische Ingenieur- und Architekten-Verein. — Architekten-Verein zu Berlin. — Vermischtes: Zu den „Denkmälern der Baukunst“. — Die Heiz- und Venti-

lations-Einrichtungen im Gebäude des Preussischen Abgeordnetenhauses. — Ein kunstgeschichtliches Kuriosum. — Aus Leipzig. — Zur Organisation des Preussischen Staats-Eisenbahnwesens. — Die Köln-Mündener Eisenbahn und ihre Beamten. — Brief- und Fragekasten.

Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Bericht über die Verhandlungen der General-Versammlung des Verbandes zu Berlin vom 23. bis 25. September 1874.

(Fortsetzung).

Verhandlungen der Abtheilung für Architektur.

Zweite (Haupt-) Sitzung.

Donnerstag, den 24. September 1874.

Die Sitzung wird um 9 Uhr 30 Minuten durch den Vorsitzenden, Hrn. Oberbaurath von Egle, eröffnet, der dem Referenten über die zur Tagesordnung gestellte Frage: „Grundzüge für Stadterweiterungen nach technischen, wirthschaftlichen und polizeilichen Beziehungen“, Hrn. Professor Baumeister (Carlsruhe), das Wort ertheilt.

Der Redner schlägt zunächst vor, die Grenzen der Frage von vorn herein soweit zu beschränken, dass es möglich ist, in der kurzen, zur Verfügung stehenden Zeit doch zu einigen fruchtbaren Resultaten zu gelangen. Nicht warum und von wem, sondern wie eine Stadt erweitert werden soll, möge das Thema der Verhandlungen bilden, und auch dies noch mit der Beschränkung, dass alle diejenigen Seiten der Frage, in denen eine wesentliche Meinungsverschiedenheit unter den Fachleuten nicht besteht, ausser Acht gelassen und nur diejenigen Punkte erörtert werden, die bei den bisher ausgeführten Stadterweiterungen in verschiedener Weise behandelt worden sind und über welche die Ansichten grundsätzlich aneinandergehen, während es doch nur eine richtige Lösung geben kann. Hr. Baumeister hat versucht, diese Punkte in 8 Thesen zusammenzufassen, die bereits in No. 67 des Verband-Organes veröffentlicht und nunmehr in besonderem Abdrucke an die Anwesenden vertheilt worden sind. Da die Versammlung es genehmigt, dass diese Thesen zur Grundlage der Verhandlung gewählt werden sollen, so wird sofort in die Spezial-Diskussion über These 1 eingetreten.

1. Stadterweiterungen müssen in der Regel für eine beträchtliche Ausdehnung entworfen werden, um die Grundzüge aller Verkehrsmittel: Strassen, Pferdebahnen, Dampfbahnen, Kanäle, systematisch zu behandeln und um Gruppen für bestimmte Bedürfnisse: Grossindustrie, Geschäftsleben, stille Wohnungen, zu sondern.

Zur Motivirung dieser These charakterisirt der Referent die Hauptfehler, in welche man bei Bestimmung der lokalen Ausdehnung für Stadterweiterungspläne meist verfallen ist. Man hat entweder gar keinen Plan aufgestellt und volle Baufreiheit gewährt, oder man hat — namentlich bei den Stadtanlagen des vorigen Jahrhunderts und noch heut bei Festungen — die Bauhätigkeit nur für einen einzigen bestimmten Bezirk frei gegeben, oder man hat sich endlich damit begnügt, Erweiterungspläne für einen beschränkten Theil des nächsten Stadtumfanges aufzustellen. Abgesehen von anderen schweren Unzuträglichkeiten ist es in keinem dieser Fälle möglich, die erforderliche Schranke zwischen dem öffentlichen Interesse und der privaten Baulust zu ziehen und doch beiden gerecht zu werden. Hierzu gehört es eben, dass der Erweiterungsplan nicht blos die „nähere Zukunft“, sondern die voraussichtliche Zukunft der Stadt, sei es auch auf Kilometer oder Jahrhunderte hinaus, in's Auge fasse.

Es entspinnt sich demnächst eine lange und lebhafte Debatte. Der Korreferent, Hr. Baumeister Orth (Berlin), der sich der Vorlage im Allgemeinen anschliesst, wünscht dieselbe durch eine auf das Bedürfniss grosser Städte berechnete Resolution ergänzt bezw. erweitert zu sehen, in welcher auf die Wichtigkeit von Lokomotivbahnen als Mittel für den grosstädtischen Lokalverkehr, und die Nothwendigkeit,

derartige Anlagen bei Stadterweiterungsplänen gehörig zu berücksichtigen, besonders hingewiesen wird; Hr. Baumeister Boeckmann (Berlin) will in einer solchen Resolution eventuell auch die Wichtigkeit lokaler Kanäle besonders betont wissen. Beide Redner stützen sich in dieser Beziehung namentlich auf die ungünstigen Verhältnisse, die sich in Berlin daraus ergeben haben, dass man auf die Bedeutung derartiger Anlagen leider nicht rechtzeitig aufmerksam geworden ist. — Andererseits wird die zu grosse Tragweite der These angegriffen. Hr. Boeckmann bekämpft den letzten Satz der These, weil er die früher von ihm selbst getheilte Ansicht, dass man die Gruppierung der Bevölkerung innerhalb einer Stadt im Voraus bestimmen könne, nach seiner seitherigen Erfahrung für irrig hält. Noch entschiedener spricht sich Hr. Regierungs- u. Baurath Assmann (Cassel) gegen den Gesamt-Inhalt der These aus; er warnt davor, von einem Stadterweiterungsplane, der nichts weiter sei, als eine baupolizeiliche Anordnung, „zuviel“ zu verlangen, was meist noch schädlicher sei, wie ein „Zuwenig“. Niemand könne die Entwicklung einer Stadt, zumal einer grossen Stadt, deren Bedürfnisse sich mit denen mittlerer und kleinerer Städte nicht in eine allgemeine Formel zusammenfassen lassen, auch nur auf ein Jahrzehnt hinaus übersehen. Es empfehle sich daher, in einer Resolution lediglich auszusprechen, dass Stadterweiterungspläne überall erforderlich seien, wo Städte ein lebendiges Wachstum annehmen, und dass sie dem Bedürfniss nach Zeit und Ort entsprechend so zu entwerfen seien, dass sie der Entwicklung folgen und demgemäss umgestaltet werden können. — Demgegenüber vertheidigen Hr. Stadtbaurath Blankenstein (Berlin), sowie der Referent den ursprünglichen Wortlaut der These. Jener erklärt die vorgeschlagenen Spezialitäten für überflüssig, einen etwaigen Irrthum in Betreff zu weiter Ausdehnung eines Stadterweiterungsplanes aber für ungefährlich, falls dieser nur, wie in These 2 vorgesehen, nicht zu sehr spezialisirt sei. Hr. Baumeister, der darauf aufmerksam macht, dass der Ausdruck „beträchtliche Ausdehnung“ selbstverständlich je nach der Stadtgrösse verschieden aufzufassen sein werde, bekämpft überdies den Vorschlag, von vorn herein die Umgestaltbarkeit eines Stadterweiterungsplanes zu betonen.

Zur Annahme gelangt schliesslich, nachdem die an Detailbemerkungen — speziell über Berliner Verhältnisse — sehr reiche Debatte auf Beschluss der Versammlung abgebrochen worden ist, die folgende, von Hrn. Geh. Finanzrath Köpcke (Dresden) vorgeschlagene, (von Hrn. Baumeister durch die gesperrt gedruckten Worte amendirte) Fassung der These 1:

1. Die Projektirung von Stadterweiterungen besteht wesentlich in Feststellung der Grundzüge aller Verkehrsmittel: Strassen, Pferdebahnen, Dampfbahnen, Kanäle, die systematisch und deshalb in einer beträchtlichen Ausdehnung zu behandeln sind.

Die Versammlung geht sodann zur Verhandlung der These 2 über:

2. Das Strassennetz soll zunächst nur die Hauptlinien enthalten, wobei vorhandene Wege thunlichst zu berücksichtigen, sowie solche Nebenlinien, welche durch lokale Umstände bestimmt vorgezeichnet sind. Die untergeordnete Theilung ist

jeweils nach dem Bedürfniss der näheren Zukunft vorzunehmen oder der Privatthätigkeit zu überlassen.

Der Referent führt die von ihm bereits geäusserte Ansicht, dass ein Stadterweiterungsplan als ein möglichst unabänderliches, mindestens nur unter sehr erschwerenden Formalitäten zu änderndes Gesetz festgestellt werden müsse, noch weiter aus und begründet dieselbe namentlich durch den Hinweis auf den Einfluss, den jede Aenderung eines solchen Planes auf die Werthverhältnisse des Privateigenthums ausübt. Daraus folgt aber die Nothwendigkeit, auf das mehr oder minder illusorische Detail des Planes vorläufig zu verzichten; es wird dadurch überdies der Vortheil gewonnen, dass der Bodenwerth nicht in ungesunder Weise künstlich gesteigert werden kann, dass die nützliche Thätigkeit von Baugesellschaften, welche grössere Komplexe mit einem Male in Bebauung ziehen, gefördert wird und dass die Anlage von Privatstrassen, auf welche die Bauordnungen von Hamburg, Bremen, Leipzig etc. bereits mit Recht einen besonderen Werth legen, eine Begünstigung erfährt. Wenn in den Aussenrevieren vorläufig auch einzelne Bauten entstehen, ohne dass ein Detailplan vorhanden ist, so werden dieselben bei der mittlerweile eintretenden Steigerung des Bodenwerths der späteren Feststellung eines solchen Detailplans doch niemals ein Hinderniss bieten. Die Ausprägung der Strassen als Haupt- und Nebenlinien in mehreren Rangabstufungen, welche die Folge des Verfahrens sein wird, kann nur dazu beitragen, der Stadt eine charaktervolle, organische Gestaltung zu sichern. Der Zeitpunkt, wann die Detaillirung des Plans vorzunehmen ist, lässt sich allgemein nicht festsetzen, sondern hängt von den jedesmaligen Verhältnissen ab; doch wird das Prinzip ausgesprochen werden können, dass diese Detaillirung dem Baubedürfnisse stets um einen Schritt vorausgehen müsse.

Gegen die vorgeschlagene These sprechen sich Hr. Landbaumeister Hacker (Frankfurt a. O.) und Hr. Stadtbaumeister Hackländer (Osnabrück) aus. Hr. Hacker hält eine vollständige Detaillirung des Strassennetzes für erforderlich, weil sonst die Baulust des weniger Bemittelten oft völlig lahm gelegt, oder die Entstehung krummer, unregelmässiger Strassen erfolgen werde; Hr. Hackländer, weil die Gemeindebehörde sich darüber klar sein müsse, wann sie in die Bauthätigkeit der Privaten einzugreifen habe; der letztere glaubt jedoch, dass nur der Plan der Hauptstrassenlinien öffentlich bekannt zu machen sein werde. Hr. Assmann empfiehlt der Annahme der These, bekämpft jedoch, im Anschluss an eine entsprechende Darlegung des Hrn. Geh. Ober-Regierungsraths Hartwich (Berlin), die von dem Hrn. Referenten ausgesprochene Meinung, dass ein Stadterweiterungsplan wie ein unwandelbares Gesetz betrachtet werden solle.

Nachdem ein von Hrn. Hartwich gestelltes Amendement, den Vorbehalt späterer Aenderungen des Plans in einem der These gegebenen Zusatze ausdrücklich zu betonen, abgelehnt ist, wird diese in der ursprünglichen Fassung des Referenten unverändert angenommen.

8. Die Gruppierung verschiedenartiger Stadttheile soll durch geeignete Wahl der Situation und sonstiger charakteristischer Merkmale herbeigeführt werden, zwangsweise nur durch sanitärische Vorschriften über Gewerbe.

Hr. Baumeister entwickelt, dass für die Vertheilung der Bevölkerung innerhalb einer Stadt wohl derjenige Mittelweg zwischen den sozialpolitischen Theorien kastenartiger Absonderung und absoluter Vermischung der einzelnen Klassen sich empfehle, den er in seinem Entwurfe zu These 1 bereits bezeichnet hatte: eine Gruppierung nach den drei Hauptklassen der Angehörigen der Gross-Industrie und des Grosshandels, der Geschäftswelt und des Mittelstandes überhaupt, und endlich derjenigen, meist sehr reichen oder sehr armen Bevölkerungsklassen, die ihren Beruf ganz ausserhalb ihrer Wohnung suchen. Bei dem Entwurfe eines Stadterweiterungsplanes kann ein Einfluss auf das Zustandekommen einer derartigen Gruppierung immerhin ausgeübt werden, wenn man die lokalen Bedingungen, welche dieselbe begünstigen, nur gehörig berücksichtigt. Die Bezirke für die erste Gruppe werden durch ihre Lage zu den grossen Haupt-Verkehrstrassen, den Flüssen und Eisenbahnen, bezeichnet werden. Die zweite, relativ grösste Gruppe wird für sich den Stadtkern in Anspruch nehmen und verlangen können, dass hier vor allem die Gesundheit der Wohnstätten gewahrt werde; der Referent glaubt, dass für diesen Zweck die Gross-Industrie aus dem Stadtkern ganz auszuschliessen sei, wie dies der §. 16 der Reichsgewerbeordnung bereits für gewisse gefährliche Industrien verlangt und die neue badische Bauordnung ganz allgemein gestattet. Die dritte Gruppe wird ihre Wohnungen zum Theil nach gewissen Annehmlichkeiten des Terrains, zum Theil mit Rücksicht auf möglichste Bequem-

lichkeit des Verkehrs zwischen diesen, wohl meist im Aeusseren liegenden Bezirken und dem Stadtkern aufsuchen. Selbstverständlich darf, mit jener erwähnten Ausnahme, von irgend einem, durch die öffentliche Behörde ausgeübten Zwange zur Absonderung derartiger Gruppen nicht die Rede sein und Bestimmungen, wie sie in vielen Stadt-Bauordnungen sich finden, dass z. B. in bestimmten Strassen nur Villen, oder Häuser mit Abständen, oder nur geschlossene Häuserreihen erbaut werden dürfen, dass Hintergebäude unzulässig sind etc., sind durchaus zu verwerfen, weil sie die Freiheit der Baulustigen beschränken, ohne einem nothwendigen öffentlichen Interesse zu dienen; sie sind hingegen gestattet, wenn sie als Bedingung für den Verkauf des Baulandesterrains gestellt werden.

Hr. Orth beleuchtet als Korreferent noch einige weitere Anforderungen, die an den Entwurf einer Stadterweiterungs-Anlage gestellt werden müssen, und bei diesen Verhandlungen hervorgehoben zu werden verdienen, ohne deshalb in die Thesen aufgenommen zu werden. Es sind die meist ohne jede Mehrkosten zu erfüllenden, architektonischen Anforderungen an eine charakteristische und schöne Gestaltung der Stadt, die namentlich darin gipfeln, dass für die öffentlichen Gebäude Bauplätze ausgewählt und reservirt werden, welche diese als bedeutsame Theile bezw. Abschlüsse der Strassen- und Platz-Ansichten erscheinen lassen. Selbst bei einem der glänzendsten Beispiele neuerer Stadterweiterungen, der Anlage des Wiener Ringes, hat man in dieser Beziehung Fehler begangen und Bauten wie die Burg, die Karlskirche und die Votivkirche nicht in genügende Beziehung zu der Strassen-Anlage gesetzt. Es ergibt sich hieraus, dass es von Wichtigkeit ist, für die Gestaltung von Stadterweiterungsplänen speziell Architekten heranzuziehen.

Die These wird ohne weitere Debatte in der Fassung des Referenten angenommen.

4. Aufgabe der Baupolizei ist die Wahrung nothwendiger Interessen der Hausbewohner, der Nachbarn und der Gesamtheit gegenüber dem Bauherrn. Solche Interessen sind: Feuersicherheit, Verkehrsfreiheit, Gesundheit (einschliesslich Zuverlässigkeit der Konstruktion gegen Einsturz). Dagegen sind alle ästhetischen Vorschriften verwerflich.

Der Referent bezeichnet als Zweck der Baupolizei im Allgemeinen eine Abgrenzung zwischen dem öffentlichen Interesse, dem Interesse der Nachbarschaft und dem Privatinteresse des Bauherrn. Hiernach lässt sich die Durchführung der in der These gestellten Anforderungen ohne Rücksicht auf die subjektive Ansicht des Bauherrn ebenso rechtfertigen, wie der Impfwang und der Schulzwang. Dagegen bedarf es einer strengen, allgemein verständlichen Abgrenzung der baupolizeilichen Vorschriften, die so präzise sein müssen, dass der Baulustige der Polizei nicht als Petent mit der Bitte um Bauerlaubniss entgegen zu treten braucht, sondern ihr lediglich eine Bau-Anzeige zu erstatten hat, welche korrekte Bezeichnung die Hamburger Polizeiordnung auch enthält. Die Verhältnisse im ganzen deutschen Reiche sind keineswegs so verschieden, dass nicht jenes Minimum allgemeiner baupolizeilicher Vorschriften in einer Reichsbauordnung zusammengefasst werden könnte, auf welche der Verband vielleicht später hinzuwirken sucht, während die Ergänzung derselben für die lokalen Verhältnisse den einzelnen Ortstatuten überlassen bleiben müsste. Für die ästhetischen Forderungen, welche mehre noch zu Recht bestehende Bauordnungen enthalten, führt der Referent unter der Heiterkeit der Versammlung einige drastische Beispiele an. In Frankfurt a. M. gilt die (allerdings kaum noch beachtete) Vorschrift, dass die Häuser nur mit solchen Farben angestrichen werden sollen, welche den auf dem Stadtbauamt niedergelegten Mustern entsprechen. Die bayerische Bauordnung bestimmt, dass in Städten erster Klasse die Fäçaden der Symmetrie und der Sittlichkeit nicht widersprechen dürfen. Das preussische Landrecht enthält die sehr dehnbare Bestimmung, dass nichts zur Verunstaltung der öffentlichen Strassen und Plätze gebaut werden dürfe. Auf Grund der neuen, sonst musterhaften württembergischen Bauordnung von 1872, die den Gemeinden Vorschriften über Anordnung des Aeusseren vorbehält, ist es möglich gewesen, dass eine schwäbische Landstadt bestimmt hat, wie hoch und breit sämmtliche Fenster der Stadt sein sollen! — Die Schädlichkeit derartiger, die Baulust beschränkenden Verordnungen, die wiederum nur zulässig sind, wenn sie als Verpflichtungen beim Verkaufe eines bestimmten Terrains gestellt werden, weist Hr. Baumeister namentlich aus der sehr zweifelhaften Qualifikation der demnach zu Richtern über ästhetische Fragen berufenen Persönlichkeiten nach; für ihre Ueberflüssigkeit spricht das Aus-

sehen der Städte, in denen von ihnen nie die Rede war, z. B. Hamburgs und Leipzigs.

Hr. Baumeister Kayser (Elberfeld) hält nach den in seinem Wohnorte gemachten Erfahrungen gewisse Begrenzungen allzu extravaganter und bizarrer Launen reklamesüchtiger Bauherren für nicht entbehrlich, während der Korreferent, Hr. Orth, sich den Ausführungen des Referenten zwar im Allgemeinen anschliesst, aber den Schlusssatz der These, als im Vorhergehenden schon enthalten, gestrichen wissen will. Die Versammlung lehnt jedoch diesen Antrag ab und genehmigt, nachdem über den Schluss der Debatte abgestimmt ist, den Wortlaut der Baumeister'schen Vorlage.

5. Bei Bestimmung von Gebäudeabständen ist in gesundheitlicher Beziehung zu unterscheiden zwischen Wänden, deren sämtliche Fenster unbewohnten Räumen angehören, und solchen, welche Wohn- oder Arbeitsräume begrenzen. Für die letzteren wird die an der Strassenfront vielfach übliche Regel, dass die Höhe den Abstand nicht überschreiten dürfe, allgemein empfohlen. Sonstige Vorschriften über Höfe, Hintergebäude und dergl. werden dann überflüssig.

Gegen die Zweckmässigkeit dieser These, deren Inhalt der Referent in eingehender Ausführung als eine Vorschrift darstellt, durch welche die in den meisten Bauordnungen enthaltenen, sehr komplizirten Bestimmungen über Haus-Abstände allgemein ersetzt werden könnten, wird von mehreren Seiten Widerspruch erhoben. Während der Korreferent es bei der vielfach wechselnden Bestimmung der Räume eines Hauses für unzulässig hält, Abstände für Fensterwände bewohnter und unbewohnter Räume zu unterscheiden, bekämpft Hr. Assmann die Absicht, dass die aus der Strassenfront abgeleitete Höhe eines Hauses für die Entfernung der Hinterfronten von den nachbarlichen Grenzen maassgebend sein soll, und bestreitet überhaupt die Möglichkeit, die Bestimmung über die Grösse der Höfe in einer allgemeinen Regel zusammenzufassen, die für grosse industriereiche, wie für kleine Städte gelten soll. Hr. Boeckmann, der die zur langweiligen Uniformität gleichhoher Häuser führende, französische Bestimmung der Gebäudehöhe nach der Strassenbreite überhaupt nicht für zweckmässig hält und es in ausreichend breit bemessenen Strassen für durchaus zulässig erachtet, die Gebäudehöhe ganz frei zu geben, beantragt, die These, deren Inhalt streng genommen nicht in das Kapitel der Stadterweiterungen gehöre und später eine selbstständige Verhandlung lohnen dürfte, vorläufig ganz fortzulassen. Die Versammlung stimmt diesem Antrage zu.

6. Es ist für Stadterweiterungen wünschenswerth, dass die Expropriation und Inpropriation von Grundstückresten in angemessener Weise gesetzlich erleichtert werde. Ferner sollte das Verfahren der Regulirung von Grundstücken zu baufähigen Formen gesetzlich geordnet werden.

Der Referent erläutert in Bezug auf den ersten Satz der These, dass es dringend wünschenswerth sei, der Stadtge-

meinde, welche bei Strassendurchlegungen verpflichtet ist, die Eigenthümer der Restparzellen für die Werthverminderung, welche die Grundstücke erlitten haben, zu entschädigen, auch mit dem Rechte auszurüsten, derartige Restparzellen im Wege der Expropriation für sich zu erwerben, (wie dies das badische und bayrische Gesetz im Gegensatz zu dem neuen preussischen Gesetze auch gestattet), oder dieselben den Besitzern der Nachbargrundstücke, mit denen sie vereinigt werden müssen, um überhaupt bebaut werden zu können, durch Inpropriation aufzuheben, wie dies in Wien, Hamburg und, in beschränkterem Sinne, auch in Bremen möglich ist. Bestimmungen, wie sie in Paris und Brüssel bestehen, wonach die Gemeinde auch das von einer Strassendurchlegung nicht direkt berührte Hinterland expropriiren kann, verwirft er dagegen. — Was die Regulirung der durch die Anlage neuer Strassen zu einem „Block“ vereinigten Parzellen zu baufähigen Formen betrifft, eine Aufgabe, die unter Umständen zwar sehr schwer — aber nach einigen, von dem Referenten erläuterten Beispielen — durchaus nicht unlösbar ist, so fehlt es vorläufig in Deutschland noch überall an einem Gesetze, welches das für ländliche Besitzungen längst übliche Verfahren auch ohne Uebereinstimmung aller Betheiligten, auf den Antrag der Gemeinde bezw. einer Majorität der betheiligten Besitzer durchzuführen erlaubte.

Der Korreferent, Hr. Orth, der mit dem Inhalte der These selbst durchaus einverstanden ist und nur darauf hinweist, dass dem Rechte der Inpropriation auch eine eventuelle Pflicht zur Expropriation gegenüberstehen müsse, nimmt jenes von Hrn. Baumeister angegriffene, in Paris gültige Verfahren, das eine Kommission des Berliner Architekten-Vereins im letzten Winter auch für die Verhältnisse Berlins empfohlen hat, in Schutz, da er es für durchaus nothwendig hält, um Regulirungen im Innern älterer Städte durchführen zu können. Hr. Boeckmann, der das Verfahren der Inpropriation für unter Umständen undurchführbar hält, wünscht eine etwas präzisere, dem Laienpublikum verständlichere Fassung des zweiten Satzes der These, welche er im Einverständniss mit Hrn. Baumeister, wie folgt, vorschlägt:

„Noch wichtiger würde der Erlass eines Gesetzes sein, welches die Zusammenlegung von Grundstücken behufs Strassendurchlegungen und Regulirung der Bauplatzformen erleichtert.“

Mit dieser Veränderung wird die These angenommen, nachdem der von Hrn. Boeckmann aufgegebene, von Hrn. Stadtbaumeister Becker (Köln) aber erneuerte Antrag, die Inpropriation unberücksichtigt zu lassen, gefallen ist.

Die durch 3½ Stunden geführte Berathung wird sodann abgebrochen und bestimmt, dass die letzte Sitzung am folgenden Tage, in welcher zunächst die beiden noch übrigen Thesen über Stadterweiterungen verhandelt werden sollen, statt um 11 Uhr schon um 9 Uhr beginnen solle.

Schluss der Sitzung 12 Uhr 55 Minuten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Berliner Bau-Ausstellung 1874.

(Fortsetzung.)

Gruppe III. Geschäftshäuser, Börsen- und Bankgebäude.

Ein Theil der Entwürfe dieser Gruppe, sogenannte Geschäftshäuser schliesst sich an die Miethhäuser der vorigen Gruppe seinem Charakter nach direkt an. Das Miethhaus hat nur insofern eine Aenderung erfahren, als hier in der Regel die beiden unteren Geschosse ausschliesslich zu Läden ausgebaut sind. Der Konflikt, in welchen diese, meist unter Zuhilfenahme von Eisen in grosse Oeffnungen aufgelöste Façadenhälfte mit den oberen massiven, eng getheilten Wohnungsgeschossen tritt, ist selbstverständlich ein sehr greller und sehr schwer lösbarer. Schwatlo in Berlin hat Verschiedenes hierher Gehöriges ausgestellt, was davon einen Beweis liefert. Ein Geschäftshaus in der Jerusalemstrasse, eine Sandsteinfront in Säulenstellungen aufgelöst, mag darunter als einer der besser gelungenen Versuche bezeichnet werden. Das Geschäftshaus der Bau-bank „Metropole“ in Berlin, von Becker und Schlüter, ist dagegen ein wenig erfreuliches Beispiel dieser modernen Bautengattung. Die Geschäftshäuser, die Dollinger für die Umgebungen des Münsters zu Ulm in gothischem Stile entworfen, haben ihre mehr künstlerische Fassung wohl speziell der Rücksicht auf jenes Monument zu danken. Sie verwenden für das Erdgeschoss das mittelalterliche Motiv der offenen Bogenhallen, Lauben. Ein ganzes Häuserviertel, ausschliesslich zu Geschäfts- und Vergnügungslokalen nach dem Vorbilde des Pariser Palais royal bestimmt, haben Ende & Böckmann in einem Geschäftsbazar zu Ber-

lin an der Friedrichstrasse, zwischen Dorotheen- und Georgenstrasse, ausgestellt, ein phantasievolles Projekt, leider zu Grabe getragen mit der Gründungsperiode, die es hervorgerufen. Die Strassenfronten sind durchgehends zu Läden ausgenutzt, hallenartige Passagen in der Mitte der Fronten und diagonal auf den Ecken, führen zu einem grossen inneren Hofe, ebenfalls mit Läden und Arkadenreihen umgeben. An der Rückseite des Hofes ist ein grosses Café angelegt, monumentale Treppenanlagen führen von dort zu einem aus Theater, Foyer, Konzert- und Speisesälen kombinierten, grossartigen Vergnügungsorte. Der Stil des Ganzen ist eine in der Beweglichkeit und dem Reichthum ihrer Gruppierung an die Zwingerbauten Dresdens erinnernde Renaissance.

Unter etwas reduzirten Verhältnissen und mit der besonderen Bestimmung, zugleich einen bedeckten Verkehrsweg herstellen zu sollen, kehrt die Aufgabe in den ausgestellten Plänen zu Passagen wieder. Der in Berlin ausgeführte Bau von Heyden & Kyllmann ist in Photographien vorhanden. Trotz mancher Willkürlichkeiten in der Behandlung der Formen lassen der elegante Reichthum der Architektur, der durchweg sehr richtig gewählte Maassstab des Details, die vorzügliche Technik in Sandstein und Terrakotta es dem Bau an Freunden nicht fehlen. — Ein Entwurf zu einer Passage in der Verlängerung der Shadowstrasse, von Friebus & Lange, zeigt eine ganz verwandte Lösung, im Erdgeschoss Läden, im oberen Stockwerk eine ausgedehnte Fest- und Restaurationslokalität. Ein kuppelartiger Zentralraum, der

bei der Heyden & Kyllmann'schen Anlage die verschiedenen Richtungen, nach denen die Strasse geführt ist, geschickt vermittelt, ist auch hier, bei der gerade geführten Strasse nicht eben zum Vortheil der Plandisposition, eingefügt. Die Sandsteinfront an der Shadowstrasse zeigt eine in Formen und Verhältnissen schwere und massige Renaissance.

Als die hauptsächlich monumentale Aufgabe unter dieser ganzen, dem Geschäftsverkehr gewidmeten Gruppe von Bauwerken ist die Börse zu bezeichnen. Vermöge ihres ungemein einfachen Programms, des einfachsten fast gegenüber den sonst so vielgestaltigen Programmen der Neuzeit, eignet sie sich für eine solche Behandlung auch vorzüglich. Zu dem bedeutendsten Bau dieser Art, der neuerdings in Deutschland zur Ausführung gelangt, der Börse zu Frankfurt a. M., sind mehrere Konkurrenzprojekte ausgestellt; zwei derselben: das Projekt von Kayser & von Grossheim und der mit dem ersten Preise gekrönte und jetzt auch in Ausführung begriffene Entwurf von Burnitz & Sommer, nehmen die Aufmerksamkeit vorzüglich in Anspruch. Die Vergleichung beider Entwürfe weist wohl ziemlich klar nach, weshalb der Arbeit von Burnitz & Sommer der erste Preis zugefallen ist, ein Spruch, dessen Richtigkeit hierorts mit Bezug auf das Kayser & von Grossheim'sche Projekt bekanntlich einigermaßen angezweifelt worden ist. Grosse Einfachheit und Klarheit in der gesamten Plandisposition, die den grossen oblongen Hauptsaal mit zwei regelmässig an die kürzeren Seiten sich anschliessenden Nebensälen zeigt, bildet den Hauptvortrag. Entsprechend ist auch die zweigeschossige Architektur: zwei Säulenstellungen übereinander, mit dazwischen geordneten rundbogigen Oeffnungen, als durchaus klar und wohl angemessen zu bezeichnen — freilich auch durchaus, ohne nach irgend welcher Richtung hin etwas Eigenartiges oder Neues zu bringen. Der über dem Oberlichte des grossen Saales noch um ein volles, ansehnliches Dachgeschoss hochgeschraubte Mittelbau mit grossem Walmdach erscheint, dagegen entschieden als eine überflüssige Zuthat.

Kayser und von Grossheim haben den Hauptsaal quadratisch gestaltet und ihn dann mit einer kreisförmigen Oberlichtkuppel überdeckt, die konstruktiv wie ästhetisch einigermaßen künstlich über der grossen Weite des Saales sich entwickelt. Die Seitenflügel, im Plane nicht eben klar und mit Hilfe vielfachen Oberlichts disponirt, sind auch in den Fronten nicht regelmässig gebildet. Die Architektur, in schweren, zum Theil mächtig wirkenden Verhältnissen, erinnert unwillkürlich an die Arbeiten französischer *Grands prix* aus dem Anfange dieses Jahrhunderts, namentlich auch in der ungliederten Masse des hervorgehobenen Saalbaues und den durch schwere Architrave und Säulenstellungen getheilten, grossen Bogenöffnungen. Dass der Entwurf jenen Arbeiten durch eine ungleich grössere Geschicklichkeit in der Behandlung der an italienische Muster sich anlehnenden Detailbehandlung voransteht, ist selbstverständlich; aber auch die Vorliebe für künstliche Beleuchtungen theilt er mit denselben.

Fast genau dasselbe Programm, nur kleiner in den Abmessungen — einen Hauptsaal nämlich mit wenigen Nebenlokalitäten — zeigen die verschiedenen Entwürfe zur Börse zu Königsberg von Bohnstedt, Hahnemann und Heinrich Müller. Im Grundplan und selbst im Aufbau fast identisch, unterscheiden sie sich nur durch die künstlerische Gestaltung. Der streng griechischen Arbeit von Hahnemann steht der nunmehr auch in Ausführung begriffene Entwurf von Müller in derber Renaissance gegenüber. Die Dresdener Börse, noch kleiner in den Verhältnissen, hat eine eigenartigere Physiognomie den besonderen Verhältnissen der beschränkten Baustelle zu danken, die nur Fronten an zwei Parallelstrassen besitzt. Auch hierfür sind Projekte mehrerer Konkurrenten vorhanden, von Hauschild und Hänel & Adam in Dresden und von Ehrig & Zumpe in Zwickau. Die letztere Arbeit ist preisgekrönt und wird ausgeführt. Der Saal liegt bei sämtlichen Entwürfen in Folge der Beschränkung des Terrains im ersten Stock, doch verdient die preisgekrönte Arbeit wohl entschieden den Vorzug nicht zum geringen Theil ihrer Fäçaden wegen, die in ihrer edleren Renaissance und in dem Motiv dreier grossen, rundbogigen Mittelöffnungen in der That den Ausdruck eines bedeutsamen öffentlichen Gebäudes gewonnen haben, welcher den mehr wohnhausähnlichen andern beiden Arbeiten abgeht.

Die nunmehr folgende Reihe der Bankgebäude scheint wenig Gelegenheit zur Entfaltung bedeutsamer, monumentaler Leistungen, sowohl dem Grundriss wie dem Aufbau nach, zu bieten. Meist mittleren Maasstabes und Verwaltungsgebäude mit Räumen, die dem gewöhnlichen Wohnzimmer nahestehen, erheben sie sich auch wenig über den Charakter des ansehnlicheren Wohnhauses. Die Entwürfe von

Giersberg und Jacobsthal für die Königlichen Bankfilialen in Hannover, Kassel und Breslau suchen den Eindruck des öffentlichen Gebäudes nicht ohne Glück in der strengen Einfachheit und den gediegenen Verhältnissen ihrer meist dreigeschossigen Strassenfronten. Zu bedauern bleibt es, dass das einzige, einigermaßen bedeutsame Motiv dieser Art Aufgaben, der grosse Kassensaal, durch die im Verwaltungswege für unabänderlich befundene, schmale Fenstertheilung für die Fäçadeausbildung meist unbenutzt verloren geht. Durchaus zweigeschossige Wohnhäuser in bekannter Renaissance-Architektur sind die Entwürfe zu drei Banken in Gotha von Bohnstedt, sowie zur Oberlausitzer Bank in Zittau von Giese. Der Entwurf zu einer Vorschuss-Vereinsbank in Wiesbaden von Licht zeichnet sich durch das etwas aufwandvollere Fäçadenmotiv von Bogenstellungen mit freien Säulen dazwischen aus, wie auch die Front der Norddeutschen Grundkreditbank in Berlin von Kayser & von Grossheim sich dem Wohnhaus gegenüber durch die grösseren Formen und Verhältnisse ihrer der Hochrenaissance entlehnten Architektur hervorthut. Ein Entwurf zu einer Bank in Elberfeld von Oppler & Schorbach zeigt leider deutlich, dass den auf dem Gebiete der Gothik so einheimischen Verfassern der hier verwendete Renaissancestil keineswegs in gleicher Weise zur Verfügung steht.

Eine Reihe reiner Nutzbauten, bei denen die Architektur nur sehr untergeordnete Verwendung findet, schliesst diese Gruppe. Neben dem bekannten Berliner Viehmarkt von Orth, ist der Entwurf zu der ausgedehnten, mit allen Anforderungen der bezüglichen Praxis ausgestatteten Viehhof- und Schlachthaus-Anlage in Pest von v. d. Hude & Hennicke ausgestellt. Ebenso die Entwürfe für Markthallen zu Berlin von denselben Verfassern. Zwar sind von den Markthallen auch nur Perspektiven vorhanden, doch geben dieselben auch bereits ein ziemlich anschauliches Bild von den ebenso zweckmässigen, wie angemessen architektonisch durchgebildeten Anlagen, für welche zum Theil schwierig auszunutzende Bauplätze vorlagen. Die Bauten, meist Eisenkonstruktionen mit Glas bedeckt, zeigen sowohl die übliche Hallenform, wie auch die Verwendung einer grösseren Rotunde. Es bleibt diesen Arbeiten gegenüber immer aufs Neue zu bedauern, dass ihre Ausführung am Widerstande der Behörden gescheitert ist und dadurch die für die Stadtentwicklung so hochwichtige Angelegenheit leider wieder ad calendas graecas vertagt erscheint.

Gruppe IV. Kranken-, Irren- und Blindenanstalten, Hospitäler und Waisenhäuser.

Der Raum, der für diese Besprechung zur Verfügung steht, gestattet es leider nicht, auf das in erster Linie bei Bauten dieser Art wichtige Detail der Disposition und Einrichtung näher einzugehen, und soll daher nur in Kürze das Vorhandene notirt werden. Obenan, sowohl in der Ausdehnung wie in der Ausführlichkeit der gegebenen Darstellungen, steht der Gropius & Schmieden'sche Entwurf zu dem grossen Berliner Stadtkrankenhause am Friedrichshain, nach dem System mehrgeschossiger Pavillons angeordnet und zum Theil bereits ausgeführt und in Benutzung. Es versteht sich, dass diese Anlage unter Zuhilfenahme aller modernen Erfahrungen auf diesem Gebiete entworfen ist, aber es fehlt diesen, in Backsteinrohbau ausgeführten Bauten doch auch durchaus nicht an einer entsprechenden, wenn auch einfachen, ästhetischen Durchbildung. Das Krankenhaus zu Dresden von Friedrich ist ein zweckmässiger, aber höchst einfacher Nutzbau; monumentaler erscheint das Leipziger Thomashospital von Lipsius, in Hufeisenform und mehrgeschossig angelegt. Raschdorff hat in einem kleineren Krankenhaus zu Bielefeld auch diese Aufgabe in ein nicht uninteressantes Gewand zu kleiden gewusst, während ein Kinder-Hospital zu Frankfurt a. M. von Mylius & Bluntschli eine heutzutage selbst solchen Anlagen gegenüber kaum statthafte Rohheit der Form zeigt.

An Irrenanstalten ist der Entwurf für eine Bezirks-Irrenanstalt für Lothringen zu Saargemünd von Plage ausgestellt, eine sehr ausgedehnte, in eine Menge einzelner, nur lose mit einander verknüpfter Bauten verschiedenster Bestimmung zerfallende Anlage. An manchen Stellen erscheint die in romanischen Formen versuchte, ästhetische Ausbildung hier wohl etwas weit getrieben. In einem anderen Entwurfe, der Irrenanstalt zu Kaufbeuren von v. Stengel, fehlt sie freilich absolut; weiter zu gehen in dieser Hinsicht, wie der in Putzbau auszuführende in zusammenhängenden Flügeln disponirte Bau, ist nicht wohl möglich.

Das St. Gertraud-Hospital zu Berlin, eine Alters-Versorgungsanstalt, von F. Köch entworfen, ist eine ziemlich aufwandvolle Anlage, ein Bau im Hufeisen mit einer Mittelkapelle erbaut und in Renaissanceformen in Backstein

durchgebildet. Der Entwurf zu einer Blindenanstalt in Steglitz bei Berlin von Giersberg und Jacobsthal, ein Backsteinbau mit farbigen Schichten, giebt in seiner soliden Einfachheit wohl das für derartige Anlagen passende Maass der Ausbildung an.

Gruppe V. Staats- und Kommunal-Gebäude.

Obenan finden sich hier bekannte Pläne ausgestellt: eine Reihe von Entwürfen zu der früheren Parliamentskonkurrenz für Berlin von Bohnstedt, Eggert, A. Orth, Stier und Anderen. Zu ihrer Zeit bereits genügend gewürdigt, erscheint es nicht nothwendig, hier nochmals einzeln auf dieselben zurückzukommen. Ist doch die Inangriffnahme des Baues selbst seit jener Konkurrenz über die allerersten Stadien der Bauplatzfrage hinaus noch immer nicht gefördert und sind seitdem für die praktischen, wie für die ästhetischen Seiten der grossen Aufgabe so mannigfach neue und andersartige Gesichtspunkte gewonnen, dass jene Arbeiten im grossen Ganzen nur als erste schätzenswerthe Beiträge einer schliesslichen definitiven Lösung angesehen werden können.

Aus einer früheren, sehr umfangreichen Konkurrenz zum Rathhause in Wien ist eine Arbeit, die mit einem der drei ersten Preise gekrönt von Ebe & Benda in Berlin, vorhanden. Das heutige Rathhaus, in erster Linie bestimmt, den umfangreichen Verwaltungsorganismus einer grossen Stadt in einer Menge von Büroräumen unterzubringen, und erst an zweiter Stelle mit jenen Repräsentationsräumen ausgestattet, die die Hauptsache im mittelalterlichen Rathhause bildeten, ist ein von letzterem in Folge dessen sehr verschiedener Bau. Dennoch sucht man mit Vorliebe theils durch den Stil, theils durch einzelne Zuthaten einen Anklang an jene früheren Bauwerke zu gewinnen. Auch im Wiener Rathhause überwiegen jene Verwaltungsräume so entschieden, dass sie in der Gestaltung auch des vorliegenden Entwurfes vor Allem zur Geltung kommen. Der Bau bildet eine geschlossene kubische Masse in vier Geschossen, mit verhältnissmässig schmalen, gleichmässig gebildeten Axentheilen, die nur durch Risalite und einen schlanken Thurm über der Mitte unterbrochen und getheilt werden. Die Architektur des Aeusseren ist eine der Gothik sich ziemlich annähernde Frührenaissance, ein Stilcharakter, der leider im Innern nicht durchgeführt ist, wie die Perspektive des Festsalles zeigt, der sich fast direkt an Vorbilder der Zopfzeit anlehnt.

Auch das Berliner Rathhaus ist hier noch einmal in mehrfachen Zeichnungen und Modellen ausgestellt. Es gehört bereits der Geschichte an und dürfte bald jene unbefangene Würdigung in seiner für die Bauentwicklung Berlins durchaus epochemachenden Bedeutung erfahren, welche ihm bisher, mit allzuviel Voreingenommenheit fast, entzogen worden ist.

Für dieselbe Aufgabe in kleineren Verhältnissen sind verschiedene, recht anziehende Lösungen vorhanden. A. Tiede hat einen Entwurf zu einem Rathhause in Erfurt ausgestellt, auf unregelmässiger, nur zum Theil freiliegender Baustelle. Er ist in gothischem Stile gehalten, mit hübscher, mittelalterlicher, in der Ecke des Hofes disponirten Rundtreppe und einem unter Benutzung eines vorhandenen Restes auf der Ecke des Baues sich erhebenden Thurme.*)

Von Flüge & Marchand ist ein erster Preis zu einem Rathhause in Dortmund ausgestellt. Auch hier war ein vorhandener, spät mittelalterlicher Bautheil zu benutzen und es ist derselbe geschickt als Façadenmitte des im Anschluss an jene Formen gothisch gebildeten Neubaus verworthen.

Zu dem Rathhause in Grossehain, für welches eine an drei Seiten freie Eckbaustelle vorlag, sind mehrere Konkurrenzentwürfe vorhanden. Die mit dem ersten Preis gekrönte Arbeit von Hauschild in Dresden zeigt ausser einem zweckmässig disponirten Grundriss mit grosser Halbkreistreppe auch eine entsprechende Façade in den bekannten Renaissanceformen der Dresdener Schule. Ein Thurm von angemessenen Verhältnissen ist auf der einen Ecke des Baues disponirt. Die Arbeit von P. Engel, gleichfalls Renaissance, doch mehr in Berliner Auffassung, zeigt den Thurm an derselben Stelle; allein die unbedeutende Form desselben kontrastirt grell zu den schweren Massen des übrigen Gebäudes. Hänel und Adam verbauen die Façadenmitte und den dahinter liegenden Sitzungssaal durch eine Loge auf schweren Pfeilern, über deren Mitte nur ein dünnes Uhrthürmchen aufsteigt.

Das Rathhaus zu Neisse ist mehr eine städtische Festlokalität, denn ein Rathhaus im vorher angedeuteten Sinne. Das Erdgeschoss soll zu Läden benutzt werden, in dem

oberen Geschoss liegt eine Reihe Festsäle. Der Entwurf von Stier versucht in einem kombinierten Sandstein- und Ziegelbau das moderne Bauwerk dem durch und durch charakteristischen Gepräge der alterthümlichen Stadt anzupassen. Ein Entwurf von Fingerling ergeht sich dagegen in einem reicheren Bauwerke Berliner Charakters. Der preisgekrönte Entwurf dieser, durch ihre Antezedentien einigermaassen bekannt gewordenen Konkurrenz ist leider nicht ausgestellt. Das Kölner Rathhaus von Raschdorff sei hier nur als ein sehr geschicktes und stilvolles Restaurationsprojekt der aus den verschiedensten Bauzeiten stammenden Theile des alten Hauses erwähnt.

Unter den für die mannigfachen Zweige der Staatsverwaltung bestimmten Gebäuden sind in der Ausstellung diesmal die Postgebäude ganz besonders zahlreich vertreten. Schwatlo in Berlin, dessen spezielles Gebiet diese Baugattung ist, hat ausser dem Berliner General-Postamt deren nicht weniger als zehn, für die verschiedensten Städte Deutschlands bestimmt, eingeschickt. Es mögen in der Aufgabe selbst, die meist nur die üblichen Büroräume, um einige Dienstwohnungen vermehrt, zeigt, nicht allzuviel eigenartige Motive vorhanden sein. Der Verfasser hat daher zur Variation und Belebung das Mittel ergriffen, die anzuwendende Stilart je nach dem Stadtcharakter zu wählen, in Mainz also ein rein romantisches, in Danzig ein gothisches, in Merseburg ein Postgebäude in deutscher Renaissance zu errichten. Dass die Resultate dieser Bestrebungen gerade erfreulich ausgefallen sind, lässt sich kaum behaupten. Man könnte sogar diese, unter der Aegide des Reiches erfolgende Importation der preussischen Architektur in Gebiete, auf denen sonst eine selbstständige architektonische Thätigkeit herrschte, fast bedauern. Eine Importation, die sich übrigens auch auf einem anderen, in der Ausstellung allerdings kaum vertretenen Gebiete, dem der Militärbauten, in hohem Maasse geltend macht. Von diesen militärfiskalischen Bauten ist, wie hier im Anschluss gleich bemerkt werden mag, nur das Kasernement hinter dem Giesshause zu Berlin von Steuer vorhanden, ein kleinerer Bau, die Kombination einer Kaserne mit verschiedenen militärischen Verwaltungsräumen.

Gebäude für Justizpflege sind mehrere ausgestellt; das ansehnlichste und ausgedehnteste darunter ist das Landgerichtsgebäude zu Dresden, zu welchem der Entwurf ebenfalls im Wege einer Konkurrenz entstanden ist. Die Architekten Trobsch und Eck haben den ersten Preis gewonnen. Der Grundriss des nur an zwei Parallelstrassen Fronten besitzenden grossen Baues ist klar und angemessen, würdevoll kombiniert, was namentlich von der Disposition der drei Hauptsitzungssäle um ein gemeinsames mittleres Vestibül mit grosser Haupttreppe gilt. Die dreigeschossige Hauptfront, gegen die Strasse etwas zurückgelegt und von zwei beinahe zu untergeordneten Flügelbauten seitlich begrenzt, zeigt ein ansehnliches Mittelrisalit mit grosser freier Säulenstellung durch die oberen Geschosse. Auch sie schliesst sich im Uebrigen an den allen Dresdener Bauten fast ausnahmslos gemeinsamen Charakter der Spätrenaissance an. In der Arbeit von Hauschild (3. Preis) treten die Flügelbauten mehr hervor, doch fehlt der Front eine eigentliche Mitte und ist die sonst verwandte Architektur überhaupt weniger bedeutsam.

Für die preussische Verwaltung sind die beiden Pläne zu einem Regierungs- und Justizgebäude in Kassel und einem Gerichtsgebäude in Posen von Herrmann und Jacobsthal entworfen. Die erstere Arbeit, ein geschlossener Bau um einen grossen quadratischen Hof, in zwei Hälften nach der Doppelbestimmung des Gebäudes getheilt, schliesst sich hierin wohl den vorhandenen Fundamenten der zum Bauplatz gewählten ehemaligen Kattenburg an. Die Architektur des viergeschossigen Baues, den ein schweres Triglyphengesims bekrönt, ist einfach antiken Charakters und gewinnt ihr ganzes Formensystem fast nur aus der Vertheilung der Oeffnungen und deren Umrahmungen. Durchaus verwandten Stilcharakters ist auch das Posener Gerichtsgebäude, ein Eckbau in zwei nach hinten offenen Flügeln. Der sehr ausführlich zur Darstellung gebrachte Entwurf zu dem Gefängnis-Etablissement am Plötzensee bei Berlin von Herrmann, Spieker und Lorenz sei, als sonst bereits bekannt, hier nur beiläufig erwähnt. Die Konkurrenzentwürfe zu einem Verwaltungsgebäude der Bergwerk-Direktion zu Saarbrücken von Trobsch & Eck und Wiese, der erstere in ziemlich wider Renaissance, fehlen wohl beide durch die längs der Baufonten weit auseinander gezogene Grundrissdisposition. Als eine Arbeit ganz eigenen Charakters in dieser Gruppe ist schliesslich der Entwurf zu einem archäologischen Institut in Rom von P. Laspeyres zu nennen. Auf dem kapitolinischen Hügel, auf dem, dem deutschen Reich gehörigen Terrain des

*) Der Entwurf wird jetzt unter Modifikationen von anderer Seite ausgeführt und jener Thurmrest dabei nicht benutzt, sondern abgebrochen.

Palazzo Caffarelli, soll ein Gebäude für die Verwaltung jenes Instituts, seine Sammlungen und Bibliotheken, nebst Zimmern für studierende Pensionäre errichtet werden. Eine beneidenswerthe Aufgabe, die ihr Verfasser mit vielem künstlerischen Geschick, den grossen Umgebungen sich anpassend, gelöst hat. An der Berglehne gegen die Stadt hin ruht der sonst dreigeschossige Bau auf hohen Substruktionen und ist mit

offenen Säulenhallen geschmückt. Im obersten Geschoss gegen Rück- und Eingangsseite befindet sich der mit drei Hängeskuppeln monumental überwölbte Bibliotheksaal. Gruppierung und Architektur des Ganzen stimmt vortrefflich zur Stadt Rom, wie dies die gleich den anderen Blättern ausserordentlich korrekt gezeichneten Perspektiven nachweisen.

(Fortsetzung folgt).

Mittheilungen aus Vereinen.

Der Sächsische Ingenieur- und Architekten-Verein wird seine nächste (die 84.) Hauptversammlung am 6. Dezember d. J. in Leipzig abhalten, nachdem seine 4 Sektionen für 1. Hochbau, 2. Eisenbahn-, Strassen- und Wasserbau, 3. Maschinenbau, 4. Bergbau, ihre Sitzungen geschlossen haben werden.

Die letzte (83.) Hauptversammlung fand am 16. August d. J. in Zittau statt. Dieselbe war eine sogenannte Wanderversammlung, bei welcher Sektionsverhandlungen ausgeschlossen sind und der Hauptwerth auf Besichtigung interessanter Neubauten gelegt wird. Der der Hauptversammlung vorhergehende Tag wurde zu einer Ausfahrt nach dem durch Lieferung ausgezeichneter Mühlsteine berühmten Orte Jöhnsdorf und zu einem Besuche des schönen Naturpunktes Oybin benutzt. Am 16. August Vormittags fand eine Wanderung innerhalb des Weichbildes von Zittau statt, bei welcher unter Führung des Herrn Oberinspektors Handtke das Terrain für die projektirte Mandauverlegung, sowie die gelungensten Bauten der Neuzeit, insbesondere ausser dem Rathhause die neue Kaserne, die katholische Schule (diese besonders sehenswerth wegen der von Schramm mit gutem Erfolge angestrebten möglichen Vermeidung der Verwendung von Holzkonstruktionen), der Wasserturm, das Johanneum, das Stadtbad u. s. w., sämmtlich in der Nähe der herrlichen Promenaden gelegen, besichtigt wurden.

Für die Hauptversammlung war der grosse Bürgersaal des Rathhauses freundlichst überlassen worden. Die Sitzung fand unter Leitung des Herrn Stadtbaudirektors Friedrich (Dresden) statt. Nach Erledigung der inneren Vereinsangelegenheiten, von welchen hier nur die hervorgehoben werden mag, dass die Vereinsbibliothek vom 1. Oktbr. k. J. an in einem neu ermietheten Lokale, grosse Brüdergasse 13 I. Et. (Fiebiger's Restauration) aufgestellt und allwöchentlich Donnerstag geöffnet werden soll, folgte ein Vortrag des Herrn Baugewerkschul-Oberlehrer Dix „über die Fortschritte der Naturwissenschaften und deren Bedeutung für das Menschenleben“, dessen Hauptinhalt in Nachstehendem zusammengefasst ist.

Der Begriff „Bildung“ ist einer von denjenigen vielgestaltigen Begriffen, bei welchen die Meinungen selbst sonst gleich gut unterrichtete Leute nicht selten weit auseinander gehen. Das aber leuchtet von selbst ein, dass Kenntnisse, die erst spät im Entwicklungsgange der Menschheit reiften, noch wiederum später als Bestandtheil der sogen. allgemeinen Bildung aufgenommen werden konnten. Bei den Griechen und Römern konnte daher das, was wir Naturwissenschaft nennen, in der allgemeinen Bildung kaum einen Platz finden. Doch wir haben gar nicht nöthig, so weit zurückzugehen, um das Schwankende des Begriffs „allgemeine Bildung“ und dessen Abhängigkeit von den jeweiligen Zeitverhältnissen darzuthun; es genügt vielmehr daran zu erinnern, dass man selbst noch zu Anfang unseres Jahrhunderts einen Menschen allgemein gebildet nannte, wenn er Latein, Griechisch, etwas Französisch, Geschichte und vielleicht so viel Mathematik getrieben hatte, um ein Dreieck aus gegebenen Linien zusammensetzen zu können. — Ist dies wohl auch heute noch der Fall? Und wenn nicht, woher der Umschwung in den Anschauungen, woher insbesondere die Erweiterung des Begriffes „allgemeine Bildung“, wodurch ist dieselbe wohl herbeigeführt worden? Antwort: der Hauptsache nach durch den riesenhaften Fortgang, den die Naturwissenschaften und die mechanisch-technischen Erfindungen im Laufe dieses Jahrhunderts genommen haben.

Zwar sind wichtige Entdeckungen und nützliche Erfindungen zu allen Zeiten gemacht worden, im Vergleich mit früheren Zeiten aber nie so viele und so grossartige, wie in den letzten beiden Jahrhunderten; ja es lässt sich mit Leichtigkeit nachweisen, dass wenigstens $\frac{1}{10}$ aller wesentlichen Erfindungen, d. h. derer, die wahrhaft als Träger der Kultur erscheinen, in unser Jahrhundert fällt, ganz abgesehen von den zum Theil höchst gewichtigen Verbesserungen, die ältere Erfindungen erfahren haben.

Sollten denn nun aber alle diese — fast könnte man sagen unzähligen — Errungenschaften des menschlichen Geistes über die todte Materie spurlos an der Menschheit vorübergegangen sein? Die Geschichte antwortet auf diese Frage mit einem für jeden Denkenden deutlich vernehmbaren, unzweideutigen „Nein“ und weist nach, dass namentlich die Zahl der von einem Volke selbstgemachten Erfindungen es ist, welche den Fortschritt seiner Zivilisation bedingt. Auf welcher Stufe der Kultur würde — um nur an Einiges kurz zu erinnern — das Menschengeschlecht wohl stehen geblieben sein, ohne den erhabenen Zweig der Naturwissenschaften, ohne die Astronomie? Durch was sind Handel und Verkehr mehr gefördert worden, als durch Erfindung und Anwendung der Eisenbahnen, Dampfschiffe und Telegraphen — oder kommen diese grössten Verkehrsmittel unseres Jahrhunderts etwa bloss dem Kaufmann zu

Gute? Sind sie es nicht auch, durch welche, indem sie einen unvergleichlich lebhaften Verkehr zwischen den Menschen selbst der fernsten Länder herbeigeführt haben und noch täglich vermehren, dem höchsten christlichen Prinzip, der Nächstenliebe, in wirksamster Weise allgemeine Anerkennung verschafft worden ist? Doch wir würden nicht zu Ende kommen, wollten wir auch nur annähernd eine Vollständigkeit in der Aufzählung aller der Beziehungen anstreben, in welchen die Naturwissenschaften zu anderen Wissenschaften oder zum Leben stehen.

Aus solchen und ähnlichen Erwägungen sind denn auch unsere heutigen Realschulen und Realgymnasien hervorgegangen, Bildungsanstalten, die freilich seit der verhältnissmässig kurzen Zeit ihres Bestehens ein so festes und sicheres Gepräge, wie die viel älteren Gymnasien, aus mancherlei Gründen noch nicht haben erlangen können und die deshalb auch die Gleichberechtigung mit diesen altbewährten, höheren Bildungsanstalten noch erst zu erringen haben. Schon jetzt aber berechtigt — um das hier noch besonders hervorzuheben — das Abiturientenzeugniss der Realschulen I. Kl. mit neunjähriger Kursusdauer in Preussen unbedingt zu dem Studium der Mathematik, der Naturwissenschaften und der neueren Sprachen auf der Universität, und ihre thatsächliche Gleichstellung mit ihrer älteren Schwester, dem Gymnasium, nämlich die volle Universitätsberechtigung für ihre Abiturienten, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Noch ist zweier der hauptsächlichsten Beschuldigungen kurz Erwähnung zu thun, von denen die eine nicht selten sogar von Wohlgesinnten gegen die erklärenden Naturwissenschaften und das Studium derselben gemacht worden. Während nämlich die Einen sagen, das genaue Erforschen der Natur und ihrer Gesetze untergrabe den eigentlichen Naturgenuss, mache das Leben prosaisch, sei mit einem Worte aller Poesie baar, behaupten die Anderen: das Studium der Naturwissenschaft führe nothwendig zum Unglauben und leiste so dem abgeschmacktesten Materialismus geradenwegs Vorschub. Es hält jedoch nicht schwer, nicht nur unter Hinweis auf Goethe und Humboldt, die erste dieser beiden Beschuldigungen zu Nichtes zu machen, sondern auch die Besorgnisse Jener als völlig unbegründet erscheinen zu lassen, welche das Studium der Natur als Gefahr bringend für die Jugend ansehen. Im Gegentheil, es ist gerade dieses Studium, recht geleitet, die beste Schutzwehr gegen Verirrungen des menschlichen Geistes und mehr als jedes andere Wissen geeignet, die Natur als Tempel des Allmächtigen erkennen zu lassen!

Nach diesem Vortrage wurde die Plenarsitzung geschlossen und die darauf folgende gemeinschaftliche Tafel mit einem dreifachen Hoch auf Ihre Majestäten den deutschen Kaiser sowie den König Albert eröffnet. Ein Ausflug nach dem böhmischen Städtchen Grottau bildete den Schluss des ersten Versammlungstages.

Am folgenden Tage, den 17. August, unternahm der Verein von Zittau aus eine Fahrt auf der böhmischen Nordbahn nach Tetschen. Eine Unterbrechung dieser Fahrt auf einige Stunden in der romantisch gelegenen Haltestelle Schönfeld gestattete eine erwünschte Erholung und Besichtigung des dortigen kleinen Wildparks. Als bald nach Ankunft des Vereins in Tetschen übernahm Hr. Obergeringen Mast der k. k. priv. österr. Nordwestbahn die Führung desselben bei Besichtigung der ihrer Vollendung nahe gebrachten Eisenbahnbauten bei Tetschen und Mittelgrund. Der Bahnhof Tetschen der österr. Nordwestbahn kommt parallel mit dem derzeitigen Bahnhofe Tetschen der Böhmischen Nordbahn zu liegen; die Empfangsgebäude beider werden mittels einer Strassenüberbrückung in Verbindung gesetzt werden. Der Anschluss an die k. sächs. Staatsbahn ist durch Herstellung eines 400 m langen Tunnels unterhalb Tetschen und einer im Winkel von 45 Grad die Elbe kreuzenden, eisernen Fachwerkträgerbrücke in Mittelgrund in der Art gesucht worden, dass die Verbindung zwischen Dresden und Tetschen mittels der sächs. böhm. Staatsbahn ohne Berührung von Bodenbach stattfindet. Beim Bau des Tunnels hat man sehr interessante Zwischenfälle zu bekämpfen gehabt, da an der Nordseite des durchtunnelten Sandsteinfelsens mächtige, auf Thonschichten lagernde schwimmende Sandschichten aufgeschlossen worden sind, in welcher ein anfänglich projektirt gewesener offener Einschnitt nicht hat stand fähig hergestellt werden können, daher durch Tunnelwölbung hat ersetzt werden müssen. Die unmittelbar an den Tunnel sich anschliessende Elbbrücke besteht aus zwei Stromöffnungen von je 100 m Spannweite und zwei Inundationsöffnungen von 25 m Weite. Deren Gesamtkosten werden gegen 700 000 fl. ö. W. betragen, wobei folgende Einheitspreise sich ergeben: 52 fl. ö. W. pro km³ Mauerwerk unter Wasser einschl. sämmtlicher Kosten für die zur pneumatischen Gründung der Pfeiler erforderlichen Caissons und Apparate; 36 fl. ö. W. pro km³ Mauerwerk über

Wasser, einschl. Gerüste; 16 fl. ö. W. in Silber pro Zentner des in Summa ziemlich 17000 Ztr. betragenden Eisenüberbaues, fertig aufgestellt, einschl. Montirungsgerüst. In dem künftig als neue Station der sächs. böhm. Staatsbahn erscheinenden Anschlussbahnhofe Mittelgrund sind die Erdarbeiten ziemlich beendet. Die Betriebseröffnung findet Anfang Oktober l. J. statt.
Dr. F.

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 17. Oktober 1874. Vorsitzender Hr. Streckert, anwesend 102 Mitglieder und 4 Gäste

Von Seiten des österreichischen Ingenieur- und Architektenvereins in Wien ist ein Schreiben eingegangen, in dem derselbe für die Aufnahme seiner zur Generalversammlung des Verbandes nach Berlin entsendeten Mitglieder dankt und die Hoffnung ausspricht, dass dieser Besuch der Anfang einer dauernden näheren Verbindung zwischen beiden Vereinen werden möge.

Die Nachricht von dem Tode eines, erst vor Kurzem aufgenommenen Vereinsmitgliedes, Bauführer Albert Kunde, wird mitgetheilt.

Es folgt ein Vortrag des Hrn. Wernekinck über die baulichen Anlagen der Baubedarffabrik von Schulz & Wernekinck in Schönweide, über den wir mit Rücksicht auf die Notizen in No. 57 u. Bl. und unter Vorbehalt späterer genauerer Mittheilung zu berichten unterlassen.

Die in diesem Vortrage enthaltene Mittheilung über die in Verbindung mit der Fabrik ausgeführten Arbeiterwohnhäuser, welche dazu Veranlassung gegeben haben, dass die Fabrik von der Militärbehörde neuerdings den Auftrag erhalten hat, für die militärischen Werkstätten in Spandau 16 ähnliche Häuser auszuführen, giebt zu einigen Bemerkungen über die Baukosten und die Einrichtung von Arbeiter-Familienhäusern Veranlassung.

Die letzteren beziehen sich namentlich darauf, ob es sich mehr empfiehlt, die Abtritte und Ställe mit den Häusern in Verbindung zu bringen oder nicht. Hr. Dirksen weist auf die

in den westlichen Fabrikdistrikten fast allgemein als Muster angenommenen Krupp'schen Normalhäuser hin, in denen jene für Krankheitsfälle sehr erwünschte Verbindung durchweg besteht. Hr. Wernekinck hält eine solche Anordnung persönlich auch für zweckmässig, hat sie jedoch bei jenen Häusern, als den Berliner Wohnheiten widerstehend, nicht durchsetzen können. Hr. Boeckmann vertheidigt die Isolirung der Aborte für Arbeiterhäuser städtischen Charakters mit vielen Wohnungen, weil die Anlage derselben in Verbindung mit dem Hause, welche bei Epidemien auch ihre Gefahren hat, die Kosten ganz unverhältnissmässig vertheuere. Ein Versuch jener Anordnung ist übrigens nach Angabe von Hrn. Otzen neuerdings bei einigen Miethhäusern mit kleinen Wohnungen in Moabit gemacht worden, wo für jedes Geschoss von 10 Wohnungen ein sogen. „neutraler Abtritt“ in Verbindung mit dem Treppenhause angelegt worden ist; es bleibt abzuwarten, wie sich dieser Versuch bewähren wird.

Was die Kosten derartiger Häuser betrifft, so stellen sich dieselben bei den für je 8 Familien und 20 Unverheirathete bestimmten Bauten in Spandau auf 16000 Thlr. pro Haus, also auf nahezu 2000 Thlr. für eine Wohnung. Hr. Orth führt an, dass man früher in Hannover für 900 Thlr. ein Arbeiter-Einzelhaus hergestellt habe. Dieselbe Bausumme sollen nach Angabe von Hrn. Dirksen auch die einfachen Häuser nach Krupp'schem Modell erfordert haben, während neuere Ausführungen der Bergisch-Märk. Eisenbahn 11—1200 Thlr. gekostet haben. Die erwähnten, von Hrn. Otzen gebauten viergeschossigen Häuser mit 40 Familienwohnungen, aus Stube, Kammer, Küche und Vorplatz bestehend, stellen sich auf 50000 Thlr.; die Kosten der neuen, bei Friedenau erbauten, dreigeschossigen Beamtenwohnhäuser der Berlin-Potsdam-Magd. Eisenbahn, die je 12 Wohnungen enthalten, giebt Hr. Quassowski zu 21000 Thlr. an.

An der Beantwortung der im Fragekasten enthaltenen Fragen nehmen die Hrn. Boeckmann, Orth und J. Wex Theil.
— F. —

Vermischtes.

Zu den „Denkmälern der Baukunst“. Das von den Studirenden der Berliner Bau-Akademie unter diesem Titel herausgegebene Sammelwerk nimmt einen erfreulichen Fortgang (mit Lifer. VII. ist die Publikation bis zur romanischen Baukunst Frankreichs gediehen), und man wird nach Vollendung derselben gewiss kein besseres Material in gleich kompender Form für Studien in der Geschichte der Baukunst in irgend einem ähnlichen Werk vereinigt finden. Eine je grössere Verbreitung daher demselben bevorsteht, je mehr wird der Wunsch rege, dass, wenngleich die technische Ausführung den verschiedenen Kräften der Mitarbeiter gemäss ungleich bleiben muss, die Auswahl der darzustellenden Bauwerke ebenso cha-

schon Bauten aus der ottomanischen Glanzperiode fehlt das herrlichste und ausgebildete Denkmal unter allen, das Kloster zu Königsutter bei Braunschweig gänzlich, obwohl es von Hase gut publizirt ist; St. Godehard in Hildesheim aber findet sich nicht in der Uebersichtlichkeit zusammengestellt, wie es diese, wohl harmonischste aller deutschen Basilikaanlagen erfordert hätte. Dazu ist im Querschnitt noch der schon seit Jahren glücklich beseitigte gothische Chor-Oberbau, welcher den Bau ebenso technisch wie ästhetisch ruinirte, wieder reproduziert worden. Wie werthvoll aber eine Darstellung der Chorsansicht dieser Kirche gewesen wäre, möge, wenn auch nur unvollkommen, die beigelegte kleine Vignette versinnlichen.
H. Gr.

Die Heiz- und Ventilations-Einrichtungen im Gebäude des Preussischen Abgeordnetenhauses. Aus dem Büreau des Abgeordnetenhauses erhalten wir folgende Zuschrift:

„In dem Artikel „Das Lokal des Preussischen Abgeordnetenhauses“ in No. 77 der Deutschen Bauzeitung, ist Seite 310 und 311 im Anschluss an die Beschreibung der seitherigen Heiz- und Ventilations-Einrichtungen des Hauses ausgeführt, dass diese Einrichtungen sich als wenig befriedigend herausgestellt, dass namentlich die kalte Beschaffenheit der Luft auf den Tribünen und der stattfindende Zug im Saale zu begründeten Beschwerden Veranlassung gegeben haben, dass aber diesen Uebelständen nunmehr hoffentlich abgeholfen sein werde dadurch, dass die bisher theilweise ungeheizten, den Saal umgebenden Korridore und Nebenräume ebenfalls mit einer Zentralheizung versehen worden seien.“

Diese Ausführung beruht auf Irrthum. Allerdings ist bei den jetzt ausgeführten Bauten in dem in Rede stehenden Gebäude eine Luftheizung neu eingerichtet, — jedoch lediglich behufs Erwärmung der neu hergestellten Restaurationsräume und des damit in Verbindung stehenden Foyers, wobei ein Rohr so zu leiten war, dass es zugleich einen Treppenhause erwärmt. Die ganz für sich abgeschlossenen bisherigen Heizungs-Einrichtungen für den Sitzungssaal sind dadurch in keiner Weise berührt. Es haben sich diese ebenso, wie die Ventilations-Einrichtungen, in ihrer Anlage durchaus bewährt und es haben namentlich die Ventilations-Einrichtungen, welche bei der Versammlung der Architekten und Ingenieure allein im Gange waren, bei Gelegenheit dieser Versammlung vielfach ausdrücklich Anerkennung gefunden. Die den Sitzungssaal umgebenden Korridore und Nebenräume sind schon bisher in vollständig genügender Weise durch besondere Oefen erwärmt worden, und es bleiben diese Oefen auch ferner für ihren seitherigen Zweck bestehen, allein diejenigen ausgenommen, welche dadurch entbehrlich geworden sind, dass in das Gebiet der neuen Heizungs-Vorrichtung auch der das jetzige Foyer bildende Raum und der bereits erwähnte eine Treppenhause hineinzuziehen war.“

Wir bemerken hierzu, dass uns die Absicht völlig fern gelegen hat, die betreffenden Einrichtungen — wohl gar zu Gunsten der bei Gelegenheit des letzten Umbaus ausgeführten Heizanlagen — herabzusetzen. Wir verzichten demzufolge auch auf jede Erörterung, mit der wir etwa die von uns gewonnene Auffassung der betreffenden Verhältnisse vertheidigen könnten. Im Kern der Sache haben wir uns selbstverständlich lediglich auf eine Information von anderer Seite gestützt, der jene Ab-

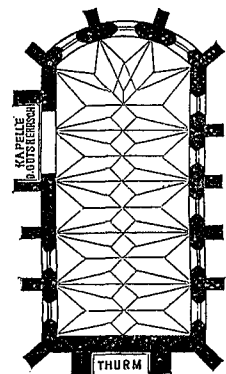


rakteristisch für die betreffende Kulturepoche, als gleichartig im Umfang des Dargestellten sei. In diesen Beziehungen scheint aber besonders im VI. Heft mehr das vorhandene litterarische Material, als die wirkliche Bedeutung der Denkmäler für die Auswahl entscheidend gewesen zu sein, so dass kein wünschenswerth klares Gesamtbild unserer heimathlichen, so überaus herrlichen Bauperiode romanischen Stils erzielt worden ist. Dies liegt einerseits in der zu reichen Auswahl der Denkmäler, deren oft gleichartiger Typus in mehreren Beispielen dargestellt ist, andererseits in der hierdurch veranlassten, weniger vollständigen Darstellung der jene Zeit im höchsten Sinne repräsentirenden Bauten, und einer zu grossen Ueberhäufung der einzelnen Tafeln mit Bruchstücken schwer auseinander zu haltender Bautheile. Bamberg und Gelnhausen kommen hierbei nur dürftig weg und finden keine, den römischen und altchristlichen Bauten gleiche Berücksichtigung, die sie doch gewiss im vollsten Maasse verdienen. Unter den niedersächsi-

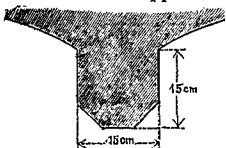
sicht sicher ebenso fern lag, die wir jedoch gern der Autorität der Mittheilungen unterordnen, die wir nunmehr von dem (so eben von einer längeren Reise zurückgekehrten) Techniker des Hauses, Hrn. Bauinspektor Emmerich, eingezeichnet haben und durch welche die oben behauptete Bewährung der bisherigen Heiz- und Ventilations-Anlagen bestätigt wird. Was die letzteren betrifft, so ist seit einem Jahr allerdings eine sehr wesentliche Aenderung in dem Gebrauche der Ventilations-Vorrichtungen eingeführt worden, die wir hier nachträglich erwähnen. Die Anlage der nach den Aspirationskanälen führenden Abzugsöffnungen unter den Sitzen der Abgeordneten hatte nämlich den Nachtheil, dass auch die schlechte Luft von den Tribünen (wo oft mehrere hundert Menschen dichtgedrängt in nassen Ueberkleidern sitzen), sowie von den Beleuchtungsapparaten ihren Weg an den Abgeordneten vorbei nahm. Man hat die Lage der Ausströmungsöffnungen für die warme, frische Luft und der Abzugsöffnungen für die verbrauchte Luft daher mit bestem Erfolge vertauscht und lässt die erste nunmehr unter den Sitzen der Abgeordneten eintreten, während die letztere durch die friesartigen Öffnungen unter den Tribünen-Brüstungen entweicht. Ausserdem beabsichtigt man stets nur eine mässige Besetzung der Tribünen zuzulassen, um eine Anstrengung des Ventilationsapparates, die zu Einführung der frischen Luft mit grösserer Geschwindigkeit nöthigt, zu vermeiden.

Ein kunstgeschichtliches Kuriosum. Eine durch ihre stilistische Ausbildung interessante Kirche befindet sich in Müglentz bei Wurzen (Königreich Sachsen), indem dieselbe im Jahre 1768 erbaut, — also in einer Zeit, in welcher der Zopfstil allgemein geübt wurde und wo man für die mittelalterliche Stilform keinen Sinn hatte, — dennoch in vielen Theilen eine Kenntniss der gothischen Bauweise zeigt, die besonders durch ein schönes gothisches Rippengewölbe, mit welchem das

Grundriss der Kirche.



Profil der Rippen.



Leipzig im September 1874. H. Altendorff, Architekt.

Aus Leipzig. Der Rath der Stadt hat das alte Rathhaus neuerdings einer bautechnischen Untersuchung durch den Oberlandbaumeister Hänel unterworfen, um ev. noch ein Stockwerk aufsetzen zu lassen. Das Gutachten ist dahin ausgefallen, dass das Gebäude binnen 10 Jahren unbenutzbar sein wird, dass also ein grösserer Umbau des für die gegenwärtigen Verhältnisse der städtischen Verwaltung völlig unzureichenden Hauses nicht lohnend sein würde. Es steht daher der Neubau eines Rathhauses zu erwarten. Zur Baustelle wird voraussichtlich der anliegende sog. Naschmarkt hinzugezogen werden, was eine Verlegung des dortigen, ohnehin längst zu kleinen Börsengebäudes, und somit einen zweiten grösseren Neubau bedingt. Für letzteren ist der Platz, auf welchem jetzt die Heuwaage steht — in der Nähe des Bahnhofes der Thüringer Eisenbahn — vorgesehen. — Hoffentlich entschliessen sich die beteiligten Korporationen, die Pläne zu diesen Neubauten durch eine allgemeine Konkurrenz zu gewinnen, für welche die „Grundsätze“ maassgebend sind. — B. —

Zur Organisation des Preussischen Staats-Eisenbahnwesens. Der Mittheilung auf S. 304 können wir heute hinzufügen, dass ein neu ergangener Erlass des Hrn. Ministers für Handel etc. die Eisenbahn-Direktionen ausdrücklich darauf hinweist, als Hilfsarbeiter bei den Direktionen nicht bloß Verwaltungsbeamte bezw. Juristen zu beschäftigen, sondern auch Baumeister zu einem derartigen Kommissorium heranzuziehen. Die für unser Fach wohlwollende Tendenz dieses Erlasses ist

unverkennbar und wird hoffentlich gute Früchte tragen. Wie spröde man sich bisher noch immer gegen die betreffenden Wünsche der Eisenbahn-Baubeamten verhält, beweist wohl die Thatsache, dass bei einigen der grössten Eisenbahn-Kommissionen der Westprovinzen die Techniker dem Vorsitze der Verwaltungsbeamten unterstellt sind, trotzdem jene Regierungs- und Bauräthe, diese jüngere Regierungs-Assessoren sind.

Die Köln-Mindener Eisenbahn und ihre Beamten. Leider erst sehr spät werden wir von folgender, vor einigen Monaten erfolgten Verfügung der Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn in Kenntniss gesetzt:

Köln, den 18. Juni 1874.

An sämtliche Herren Ressort-Vorsteher.

Wir haben beschlossen, denjenigen Angestellten und Diätarien, welche sich bei einer anderen Verwaltung um Anstellung bewerben und von denen deshalb angenommen werden muss, dass sie auf das Verbleiben im diesseitigen Dienste Verzicht leisten, den Dienst zu kündigen, resp. sie sofort zu entlassen. Sie wollen dies den betreffenden Beamten und Diätarien bekannt machen.

Die Direktion.
gez. Kühlwetter.

Wir enthalten uns einer Aeusserung über den moralischen Standpunkt dieses Verfahrens, da wir uns so drastischer Wendungen, wie sie der „Kladderatsch“ in seinem Briefkasten jener Verfügung gewidmet hat, nicht wohl bedienen können. In ihrer vollen Härte trifft diese Maassregel namentlich die angestellten Beamten, denen dadurch jede Gelegenheit zur Verbesserung ihrer Lage, soweit sie ihnen nicht im Dienste der Köln-Mindener Bahn gewährt wird, abgeschnitten ist. Unsere Fachgenossen, die in Versuchung kommen könnten, bei dieser Bahn ein vorübergehendes Engagement anzunehmen, mögen hiermit gewarnt sein.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. S. in W. In keinem Falle dürfen Sie, ohne sich unangenehmen Weiterungen auszusetzen, Ihre Stellung verlassen, ohne von der betreffenden Regierung eine formelle Entlassung erhalten zu haben. Wird Ihnen diese, nach Ihrer Ansicht mit Unrecht, verweigert, so bleibt Ihnen der Beschwerdeweg an den Minister offen, dem Sie darstellen mögen, dass der nächste Zweck der Bauführer-Praxis doch derjenige der praktischen Ausbildung des Bauführers ist, die sich in einer einseitigen Beschäftigung nicht erlangen lässt. Wir setzen natürlich voraus, dass Sie Ihre Stelle nicht aufgeben wollen, bevor Sie die von Ihnen begonnenen Arbeiten klar abgewickelt haben, in welchem Falle Sie Ihre Entlassung nicht durchsetzen werden.

Hrn. Architekt V. in Hamburg. Nachfragen über die in No. 29 u. Bl. (Sitzungsber. des ostpreuss. Vereines) erwähnte Fabrik von Kalk-Pisesteinen bei Hildesheim haben ergeben, dass dieselbe von Hrn. Brth. Borchard in Potsdam, dem Begründer des in No. 75 erwähnten Etablissements in Ferch, eingerichtet werden sollte. Sie werden also wohl am Besten mit genanntem Herrn in direkte Verbindung treten.

Hrn. W. in Pleschen. Resten Dank für Ihre freundlichen Mittheilungen über die Ventilations-Vorrichtungen des in Wien zur Ausstellung gelangten amerikanischen Schulhauses. Gelegentlich werden wir dieselben benutzen; vorläufig genügt es wohl zu konstatiren, dass Sie unsere Ansicht, dass diese Vorrichtungen durchaus primitiver Art waren, bestätigen.

Hrn. A. B. in Trautenau. Wir würden Ihnen rathen, den betreffenden jungen Mann in einer königl. sächsischen Baugewerkschule unterzubringen, deren Leistungen anerkannt vortrefflich sind und die Ihnen überdies am nächsten liegen; allerdings sind wir ausser Stande Ihnen anzugeben, ob es hierzu für dieses Jahr nicht schon zu spät ist. Derartige Anstalten befinden sich in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zittau. Adressen von Privatlehrern, die sich mit der Ausbildung von Bauschülern befassen, sind uns nicht bekannt.

Hrn. G. B. in München. Dass die Firma Reinhardt in Würzburg in No. 81 nicht unter den Spezialisten der Luftheizungsbranche ausgeführt ist, beruht auf einem Zufalle und keiner misswilligen Absicht.

Abonnent X. Z. in Hannover u. A. Von dem Ausfalle der Konkurrenz für ein Kriegerdenkmal in Bochum ist uns nichts weiter bekannt geworden, als dass der Magistrat einem Konkurrenten, der sich Mitte September mit der Bitte um Auskunft an ihn gewandt hatte, brevi manu erwidert hat: der Urtheilspruch werde voraussichtlich erst nach geraumer Zeit erfolgen; wolle derselbe nicht so lange warten, so könne er seinen Entwurf umgehend zurückerhalten. Sapienti sat. Zu thun ist in der Sache nichts, wenigstens wissen wir keinen Rath. Sie hätten unserem früheren Rathe folgend, sich nicht betheiligen sollen.

Abonnent in Hannover. Die dritte Lieferung des deutschen Bauhandbuchs schreitet rüstig vor, doch können wir bestimmte Zusicherungen über das Erscheinen derselben noch nicht machen. Selbstverständlich wird der betreffende Termin einige Wochen vorher in der deutschen Bauzeitung bekannt gemacht.

Hierzu eine Holzschnitt-Beilage: Das Hochreservoir des Westend-Wasserwerks bei Charlottenburg, dessen Beschreibung bereits in No. 63 dieses Blattes publizirt ist.